

WLADISLAW HEDELER

Die Szenarien der Moskauer Schauprozesse 1936 bis 1938

Wladislaw Hedeler – Jg. 1953,
Historiker, Dr. phil., Berlin.

1 Prozeßbericht über die Strafsache des trotzkistisch-sinowjewistischen terroristischen Zentrums. Verhandelt vor dem Militärkollegium des Obersten Gerichtshofes der UdSSR vom 19.-24. August 1936, Moskau 1936.

2 Prozeßbericht über die Strafsache des sowjetfeindlichen trotzkistischen Zentrums. Verhandelt vor dem Militärkollegium des Obersten Gerichtshofes der UdSSR vom 23.-30. Januar 1937, Moskau 1937.

3 Prozeßbericht über die Strafsache des antisowjetischen »Blocks der Rechten und Trotzkisten«. Verhandelt vor dem Militärkollegium des Obersten Gerichtshofes der UdSSR vom 2.-13. März 1938, Moskau 1938.

4 Hilde Benjamin: A. J. Wyschinski: Gerichtsreden, in: Einheit, 1952, H. 7, S. 699-703.

Das Gesicht der bauenden und der strafenden Union

Die vor sechzig Jahren inszenierten öffentlichen Schauprozesse gegen das »Trotzkistisch-sinowjewistische terroristische Zentrum«¹, das »Sowjetfeindliche trotzkistische Zentrum«² und den »Antisowjetischen ›Block der Rechten und Trotzkisten‹«³ übten eine nachhaltige Wirkung auf das politische Leben der sozialistischen Staaten aus. Die in den fünfziger Jahren propagierten und nachgeahmten, in den sechziger Jahren vehement verdrängten und in den achtziger Jahren »wiederentdeckten« Moskauer Prozesse gehörten für die aus dem Exil zurückgekehrten deutschen Kommunisten und ihre sowjetischen Berater ebenso zum Alltag wie die regelmäßigen Parteisäuberungen und Überprüfungen der Parteidokumente in der SED.

Hier wurden sowjetische Erfahrungen aufgegriffen, den Verhältnissen angepaßt und – wie andere Herrschaftstechniken auch – weiterentwickelt. »Die zehn Anklagereden«, stellte H. Benjamin in ihrer Besprechung von Wyschinskis »Gerichtsreden« in der theoretischen Zeitschrift der SED »Einheit« fest, »vermitteln nicht nur grundlegende Erkenntnisse der Theorie des Staates und des Rechtes, sondern auch der Staats- und Rechtspraxis; dabei wird eine Fülle von Problemen im Rahmen der Entwicklung des Sowjetstaates geklärt. [...] Neben den eigentlichen juristischen Themen wird eine Fülle bedeutungsvoller Fragen in den vorliegenden Gerichtsreden angeschnitten, Fragen der Kader, der Kritik, der Sorge um den Menschen, der sozialistischen Moral. [...] Die ›Gerichtsreden‹ sind eine wertvolle Bereicherung beim Studium der Geschichte der KPdSU(B). Sie sollten andererseits nicht ohne den ›Kurzen Lehrgang‹ gelesen werden. [...] das Gerichtsverfahren als Form der Kritik und Selbstkritik anzusehen, ist eine für uns neue Vorstellung.«⁴ An diese Ausführungen schlossen sich Hinweise für die Arbeit der Richter und Schöffen, die 1952 bei der Ausarbeitung der Strafprozeßordnung Berücksichtigung fanden, an. H. Kröger wies im Funktionsorgan »Neuer Weg« auf die Aktualität der »Gerichtsreden« für den sozialistischen Aufbau in der DDR hin: »Weiter gibt uns Wyschinski Hinweise für unseren jetzt so brennenden Kampf um die Durchsetzung einer neuen Einstellung zur Arbeit, um die Entwicklung eines hohen persönlichen Verantwortungsbewußtseins jedes Bürgers und vor allem jedes Staats- und Parteifunktionärs in unserer schweren Aufbauarbeit. Er lehrt uns, wie die Sowjetgerichte diesen Kampf zugleich strafend und erziehend führten, wie

die Bestrafung einzelner verantwortungslos Handelnder zugleich ein Mittel der Aufklärung, der Bewußtseinshebung aller sein muß.«⁵

Als diese Rezensionen in der DDR veröffentlicht wurden, ging in Moskau der Prozeß gegen Mitglieder des Antifaschistischen Jüdischen Komitees zu Ende,⁶ liefen in Prag die Vorbereitungen für den im November 1952 vor dem Staatsgericht verhandelten Slansky-Prozeß,⁷ und in Moskau bereitete man den Schauprozeß gegen die Kremlärzte⁸ vor. H. Benjamin aber sah sich auch in der Folge immer wieder veranlaßt, ihre Nähe zu Wyschinski hervorzuheben. »Als Stalin starb«, führte sie in ihrer Rede während der Gedenkfeier der Vereinigung Demokratischer Juristen zum Tode Wyschinskis am 27. November 1954 im Ministerium der Justiz aus, »war den Völkern ein Vater gestorben. Mit Andrej Januarjewitsch verloren sie einen ihrer klügsten, leidenschaftlichsten, erfahrensten Kämpfer für den Frieden. [...] Ich habe lange nachgedacht, wann ich die erste bewußte Begegnung mit Wyschinski hatte. Ich meine jene erste aufrüttelnde Begegnung mit seinem Werk, die zugleich ja immer eine Begegnung mit seiner Persönlichkeit war und die wie ein Blitz einschlug und jene Flamme der Begeisterung entzündete: das ist es, was wir suchen. Es war nicht seine 1949 bei uns erschienene Schrift über die Lehren Lenins-Stalins von der proletarischen Revolution und vom Staat⁹ [...] Es waren erst die im Jahre 1951 erschienenen ›Gerichtsreden‹. Vielleicht waren wir, suchend und tastend, damals gerade an den Punkt unserer Entwicklung gekommen, wo wir zu verstehen begannen, um was es ging: Wir hatten die erste Bekanntschaft mit der sowjetischen Rechtswissenschaft, insbesondere mit dem sowjetischen Strafrecht gemacht – nach Gesetzestexten, nach Lehrbüchern. [...] Und nun wurde dieses alles uns lebendig [...] an Beispielen, die denen unserer eigenen Periode ähnlich waren; hier erlebten wir Gesetz und Recht in Aktion. Und so wurde Wyschinski unser Lehrer in der Anwendung des Rechts beim Aufbau des Sozialismus.«¹⁰

Die Moskauer Schauprozesse, von denen im folgenden die Rede ist, spielten sich in den für den Aufbau der Volkswirtschaft der UdSSR entscheidenden Jahren 1934 bis 1939 ab. Ihre keineswegs irrationale, sondern mit der Herrschaftslogik korrespondierende Dimension und Funktion des von der Parteiführung verordneten Terrors ist bislang nur in Ansätzen untersucht, die darauf aufbauende Erziehungs-, Umerziehungs- und Vernichtungspolitik, die eine permanente war und sich gegen alle Schichten der Bevölkerung – und nicht nur gegen Parteimitglieder – richtete, vorerst nur skizziert.¹¹ Die Herrschaftstechniken fanden im Terror, der nicht zuletzt eine Komponente und Triebkraft der Wirtschaftspolitik war, ihre Entsprechung. Zuständig für seine Ausführung waren die im Juli 1934 zum Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten vereinigten Apparate der Staatssicherheit und des Innenministeriums

Mit Blick auf die heute zugänglichen Archivadokumente und Erinnerungsberichte tritt die »Logik« des Terrors deutlicher hervor. L. Troztkis im Exil und N. Bucharins im »Letzten Wort« getroffene Feststellung, alle Prozesse richteten sich letzten Endes gegen Stalins Hauptfeind,¹² hält die Erscheinung fest, erklärt jedoch nicht

5 Herbert Kröger: A. J. Wyschinski: Gerichtsreden, in: Neuer Weg, 1952, H. 9, S. 43.

6 Das Protokoll der geschlossenen Sitzung des Militärkollegiums des Obersten Gerichts der UdSSR vom 8. Mai bis 18. Juli 1952 ist veröffentlicht: Nepavednyj sud. Poslednij Stalinskij rasstrel, Moskau 1994.

7 Prozeß gegen die Leitung des staatsfeindlichen Verschwörerzentrums mit Rudolf Slansky an der Spitze. Prag 1953; Arthur London: Ich gestehe. Der Prozeß um Rudolf Slansky, Berlin 1991, S. 281-329.

8 Ja. L. Rapoport: Na rubeshe dvuch epoch. Delo vraej 1953 goda, Moskau 1988.

9 A. J. Wyschinski: Die Lehre Lenins-Stalins von der proletarischen Revolution und vom Staat, Berlin 1949.

10 Hilde Benjamin: Andrej Januarjewitsch Wyschinski. Aus dem Nachruf des Ministers der Justiz, Dr. Hilde Benjamin, anläßlich der von der Vereinigung Demokratischer Juristen am 27. November im Ministerium der Justiz durchgeführten Gedenkfeier, in: Staat und Recht, 1954, 6, S. 691-994. Die Verfasser (Gg. Kr.) des im »Neuen Deutschland« veröffentlichten Nachrufes »Zum Ableben des großen sowjetischen Staatsmannes« (ND, 24. November 1954, S. 3) würdigen Wyschinskis Auftreten als staatlicher Ankläger in den großen Prozessen: »Durch seine leidenschaftlichen Anklagereden hat er in diesen Prozessen die Bande der troztkistischen Agenten,

Spione, Mörder und Hochverräter entlarvt, sie ihrer Verbrechen vor der Weltöffentlichkeit überführt und so wesentlich dazu beigetragen, diese Agenturen der imperialistischen Mächte zu vernichten und damit eine wichtige Voraussetzung des Sieges der Sowjetunion über die faschistische Bestie im 2. Weltkrieg zu schaffen«.

11 Markus Wehner: Stalinstischer Terror. Genese und Praxis der kommunistischen Gewaltherrschaft in der Sowjetunion 1917-1953, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 37-38/96, 6. September 1996, S. 15-28.

12 Leo Trotzki: Stalins Verbrechen, Berlin 1990, S. 54. N. Bucharin sprach von Leo Trotzki als dem Hauptbewegungsmotor im konterrevolutionären Parallelogramm der Kräfte. (Prozeßbericht, Moskau 1938, S. 848.)

13 Der Sozialismus siegt. Berichte und Reden auf dem 17. Parteitag der KPdSU(B) Januar/Februar 1934, Moskau, Leningrad 1934.

14 Als die Verfassung im Dezember 1936 angenommen wurde, waren viele Mitglieder der Verfassungskommission verhaftet. Der Wortlaut und Stalins Reden über die Verfassung sind dokumentiert in: Die Stalinische Verfassung, Berlin 1950.

15 Ein Stenogramm dieser Plenartagung, die vom 4. bis 7. Dezember 1936 stattfand, ist nicht veröffentlicht.

16 Hinweise auf diese Rede in: Izvestija CK KPSS, 1989, Nr. 1, S. 129, 5, S. 75 und 8, S. 82f.

das Wesen des Terrors, der zunehmend zu einem Bestandteil der Wirtschaftsplanung wurde und vor Ort eine wichtige macht- und systemstabilisierende Ventilfunktion erfüllte. Es ging um mehr als nur um die Begleichung persönlicher Rechnungen, um mehr als die Befriedigung von Rachegeleuten des neuen Tschingis Khan.

Für die Komplikationen, die zwangsläufig aus der Politik der Parteiführung folgten, wie auch zur Gewöhnung des Apparats an die ständig wechselnden »richtungweisenden Lösungen« mußten in regelmäßigen Abständen Sündenböcke gefunden werden. Der Repressionsbedarf resultierte aus dem Formierungsbedarf der Macht. Zwischen dem 17. und dem 18. Parteitag der KPdSU(B) hielten die Kollektivierung der Landwirtschaft und die Schaffung sozialistischer Großbetriebe das Land in Atem. Das auf den 17. Parteitag¹³ folgende Juni-Plenum des ZK der KPdSU(B) 1936 stimmte dem Entwurf der Verfassung der UdSSR zu, in dem vom Sieg des Sozialismus die Rede war.¹⁴ Zwei Monate später, im August 1936, fand der erste Schauprozess statt, zu dessen prominentesten Angeklagten G. Sinowjew und L. Kamenew gehörten. Ihnen wurde Sabotage, Verrat und Spionage vorgeworfen. Auf dem Dezemberplenum¹⁵ 1936 wurden die Weichen für den im Januar 1937 folgenden Schauprozess gegen G. Pjatakow, G. Sokolnikow, L. Serebrjakow, K. Radek u.a. gestellt. In den Tagungspausen fanden Gegenüberstellungen der Verhafteten mit Politbüromitgliedern statt. Der Leiter der Kaderabteilung und Vorsitzende der Parteikontrollkommission N. Jeshow hielt auf diesem Plenum ein Referat »Über die antisowjetischen, trotzkistischen und rechten Organisationen«.¹⁶ Dem Vortrag lag ein 1935 unmittelbar im Anschluß an die Ermordung des Leningrader Parteichefs S. Kirow entstandenes und von Stalin redigiertes Manuskript unter dem Titel »Von der Fraktionsmacherei zur offenen Konterrevolution« zugrunde. Diese Ausarbeitung enthielt das Szenario der bevorstehenden Schauprozesse.

Da die »Beweise« jedoch nicht ausreichten, um die von den Verhafteten beschuldigten »Rechtsabweichler« zu einem Geständnis zu zwingen, wurde die Klärung einem Antrag Stalins folgend auf das nächste Plenum vertagt. Als sich die ZK-Mitglieder zum Februar-März-Plenum 1937 versammelten, standen sie noch unter dem Eindruck des gerade beendeten zweiten Schauprozesses. Stalin und Jeshow setzten auf diesem Plenum nach zähem Ringen die Verhaftung der Hauptangeklagten im dritten Moskauer Schauprozess, N. Bucharin und A. Rykow durch. Über diesen Teil der Plenartagung wurde in der Presse nicht berichtet. Die »hinter den Kulissen« geführte Auseinandersetzung dauerte auch auf dem Juni-Plenum 1937 an. Während ein internes Rundschreiben des ZK die wichtigsten »Geständnisse« auflistete, war in der offiziellen Berichterstattung nur von der Präzisierung der Agrarpolitik die Rede. Im Sommer folgte das Schnellverfahren gegen die »trotzkistische Verschwörung in der Armeeführung«.¹⁷

Als auf dem Januar-Plenum 1938 die Korrektur der Fehler der Parteiorganisationen bei Ausschlüssen angekündigt wurde, schöpfen viele neue Hoffnung. Aber schon zwei Monate später begann der dritte Moskauer Schauprozess. Das November-Plenum 1938

verabschiedete den »Kurzen Lehrgang« und schrieb damit die während der Schauprozesse erfolgte Geschichtsrevision fest. Ein Jahr nach dem dritten Schauprozess – ein vorbereiteter vierter fand nicht mehr statt – nahm der 18. Parteitag Kurs auf den 3. Fünfjahresplan.

Die hier nur angedeuteten damals anstehenden gesellschaftlichen Veränderungen lassen sich nicht ausschließlich auf den positiven oder negativen Willen einer einzigen Führerpersönlichkeit bzw. auf deren Unterstützung durch die Führungsschicht zurückführen. Jede Wende im Leben einer Gesellschaft widerspiegelt objektive Interessenlagen, die in der Sozialpsychologie auf vielfältige Weise gebrochen werden. Mit Blick auf die 30er Jahre in der UdSSR ist von revolutionärer Ungeduld, Aufbruchstimmung, rotgardistischen Attacken und den Großbauten des Kommunismus die Rede. In diesen Jahren traten die von Lion Feuchtwanger beschriebenen zwei Gesichter, das der bauenden und das der strafenden Union, immer wieder sich abwechselnd in den Vordergrund. Stalins Ausspruch, wonach das Leben besser und schöner geworden sei, war in aller Munde.¹⁸ Volksfeste¹⁹ und Totenfeiern²⁰ gehörten zum Alltag, rahmten die Verurteilung der »Volksfeinde« ein, waren ein fester Bestandteil der Vorbereitung und Auswertung der Prozesse.

Nach dem Scheitern des »realen Sozialismus« vermochte die Geschichtsschreibung, die – auch auf Einschüchterung und Demütigung zurückzuführenden – »weißen Flecken« im ersten Zugriff nur provisorisch auszufüllen. Die Palette der neuen Chiffren für politisch motivierte Gewalt reichte von »In den Fängen des NKWD«²¹ bis hin zu »Kommunisten verfolgen Kommunisten«.²² Gulag galt lange Zeit als Synonym für Ausschluß aus der Gesellschaft und Vernichtung; in den letzten zwei Jahren rückte jedoch auch seine Funktion als Wirtschaftsfaktor stärker ins Blickfeld.²³

Seit Gründung der in der sowjetischen Geschichte dritten, im September 1987²⁴ eingesetzten Kommission des Politbüros des ZK der KPdSU zur zusätzlichen Untersuchung der Materialien, die mit den Repressionen in der Periode von 1930-1940 und Anfang der fünfziger Jahre zusammenhängen (unter Jelzin umbenannt in Kommission beim Präsidenten der Russischen Föderation zur Rehabilitierung der Opfer politischer Repressionen), sind in der Sowjetunion bzw. in Rußland eine Reihe neuer Dokumente publiziert worden, die nicht nur über den Aussagewert der in den o.g. Publikationen verarbeiteten Quellen hinausgehen, sondern auch die tradierten Suchraster im Hinblick auf den »Großen Terror«, die in erster Linie auf die den Terror ausübende Geheimpolizei gerichtet waren, sprengen.

Es geht nicht mehr um »Säuberungen en miniature«²⁵ oder um das Protokoll einer Säuberung²⁶, sondern um staatlichen Terror, um die Wechselwirkung von Partei- und NKWD-Führung. Stalin nutzte seine Amtszeit, um ein System von Rechtlosigkeit und Willkür durchzusetzen. Die »Stalinsche Verfassung« sah keine rechtsstaatlichen Barrieren gegen den Staatsterror vor.

17 Der Fall der »Antisowjetischen trotzkistischen Militärorganisation« in der Roten Armee, in: Schauprozesse unter Stalin 1932-1952, Berlin 1990, S. 253-304.

18 Siehe hierzu: Geschichte der sowjetischen Presse. Lehrbrief 8, Thema XII Die sowjetische Presse im Kampf um die Vollendung des sozialistischen Aufbaus und um die Durchführung der neuen Verfassung (1935-1937). Karl-Marx-Universität Leipzig. Fernstudium der Journalistik. 1957.

19 Die Flugschau in Tuschino nach Ende des ersten Schauprozesses, Volksfeste anlässlich der Wahlen zum Obersten Sowjet im Juni 1938.

20 Gorkis Beisetzung im Juni 1936, Ordshonikidses Beisetzung im Februar 1937.

21 In den Fängen des NKWD. Deutsche Opfer des stalinistischen Terrors in der UdSSR, Berlin 1991.

22 Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und »Säuberungen« in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren, Berlin 1993.

23 Stettner »Archipel Gulag«.

24 Vo imja zakonnosti, spravedlivosti i pravdy, in: Izvestija CK KPSS, 1, 1989, S. 107-110.

25 Arthur Koestler: Autobiographische Schriften. Erster Band. Frühe Empörung, Frankfurt am Main, Berlin 1993, S. 458.

26 Georg Lukács, Johannes R. Becher, Friedrich Wolf: Die Säuberung, Moskau 1936. Stenogramm einer geschlossenen Parteiversammlung. Reinhard Müller (Hg.) Hamburg 1991.

27 Über Rakowskis Ausarbeitungen, die Trotzki 1936 in sein Buch »Die verratene Revolution« übernahm, siehe Wladislaw Hedeler: Stalin-Trotzki-Bucharin. Alternativen zum Stalinismus und Alternativen im historischen Prozeß, Mainz 1994, S. 69-71; über Rjutins Plattform siehe: Annette Vogt: Eine bestechende Analyse, eine fundierte Kritik, aber... – die Tragik des Martemjan Nikitisch Rjutin, in: Ketzler im Sozialismus. Alternativen zum Stalinismus. Herausgegeben von Theodor Bergmann und Mario Keßler, Mainz 1993, S. 140-161.

28 Nikolai Bucharin: 1929 – Das Jahr des großen Umschwungs, Berlin 1991.

29 V predustvii pereloma. Poslednie pis'ma i zapiski F. Dzierzhinskogo, in: Kommunist, 1989, 8, S. 79-88.

30 J. W. Stalin: Die trotzkistische Opposition früher und jetzt, in: J. Stalin: Werke, Berlin 1953, Bd. 10, S. 154.

»Grobheit ist kein Fehler« – Stalins Kurs auf staatlich gelenkten Terror

Ch. Rakowski und M. Rjutin gehören zu den ersten Mitgliedern der KPdSU(B), die Ende der zwanziger/Anfang der dreißiger Jahre die Entartung der sowjetischen Führungsschicht gründlich analysiert und die Notwendigkeit der Änderung der Wirtschaftspolitik überzeugend begründet hatten.²⁷ Darin waren der als Trotzki verbannte Diplomat Rakowski, der aus der Kommunistischen Partei der Sowjetunion ausgeschlossene Wirtschaftsfunktionär Rjutin, der Ökonom Bucharin²⁸ sowie der zeitweilig mit der Erfüllung von Wirtschaftsaufgaben betraute Mitbegründer der Tschecha F. Dzierzynski²⁹ einer Meinung. Sie alle hatten ihre Analysen vorgelegt, als sich abzuzeichnen begann, daß aus dem Terror als Antwort auf Ausnahmesituationen eine permanente Herrschaftsmethode wurde. Trotzki's Beschreibung, wie aus der von der Bürokratie ausgeübten Gewalt staatlich gelenkter Terror hervorgehen kann, geht auf Rakowski zurück.

Egal, ob es sich bei den hier erwähnten Ausarbeitungen um Beiträge im Rahmen der innerparteilichen Auseinandersetzungen für oder wider Stalin handelte, ob sie in Briefform, als Artikel, Plattform oder Diskussionsgrundlage für einen kleinen Kreis von Vertrauten konzipiert waren – allen gemeinsam ist, daß sie die Parteibasis nicht erreichten und in der KPdSU(B) nicht gewirkt haben. Wer an der Seite Stalins gegen die Opposition schrieb, konnte schnell als Kritiker der über Nacht geänderten Generallinie in Ungnade fallen. Die in der Verbannung entstandenen Ausarbeitungen waren den Politbüromitgliedern bekannt, hatten aber keine Breitenwirkung; später wurde sogar diese Korrespondenz völlig unterbunden. Die Autoren der Rjutin-Plattform hatten kaum Gelegenheit, ihre Ausarbeitungen zu diskutieren, denn alle Mitglieder der Gruppe waren zwei Monate nach ihrer ersten Zusammenkunft verhaftet.

Bucharin brachte seine Kritik an Stalins Kurs bis zum letzten Augenblick als Kritik am Trotzkiismus vor und riet seinen Schülern, es ihm gleichzutun. Angriffe gegen Stalin wurden in der Partei nicht toleriert. Nach der Zerschlagung der trotzkistischen Opposition und der »Rechtsabweichung« gab es keine Träger für alternatives Denken mehr. Anfang der dreißiger Jahre waren alle potentiellen Kritiker ausgeschaltet oder unter Kontrolle, die Gesellschaften (z.B. die Gesellschaft der Alten Bolschewiki) und Bildungseinrichtungen (z.B. das Institut der Roten Professur), die als Kristallisationspunkte der Oppositionellen dienen konnten, geschlossen und die Intellektuellen Stalin treu ergeben.

Der Generalsekretär setzte immer häufiger auf Abschreckung. »Es ist bezeichnend«, hob Stalin in der Auseinandersetzung mit der trotzkistischen Opposition 1927 hervor, »daß über Fehler Stalins in dem ›Testament‹ kein einziges Wort, keine einzige Andeutung enthalten ist. Dort ist nur von der Grobheit Stalins die Rede. Aber Grobheit ist kein Fehler in der politischen Linie beziehungsweise Position Stalins und kann es nicht sein.«³⁰

Auf die Ausschaltung der trotzkistischen Opposition aus dem politischen Leben der Sowjetunion Mitte der zwanziger Jahre folgte

Anfang der dreißiger der Kampf gegen die Gruppe um den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der RSFSR und potentiellen Nachfolger Rykows, S. Syrzow. Syrzow und sein Vertrauter B. Lominadse hatten zunächst Stalin in der Auseinandersetzung gegen Bucharin unterstützt. Als sie sich über die Auswirkungen der Stalinschen Agrarpolitik klar wurden und auf Argumente des aus dem politischen Leben verdrängten Bucharin zurückgriffen, ging Stalin massiv gegen diese Kritiker vor. Nach ihrem Sturz, dem die Absetzung Rykows und die Zerschlagung der sogenannten »Bucharin-Schule« vorhing, agierte das Politbüro nur noch in Gestalt unterschiedlicher Kommissionen, des Orgbüros und des Sekretariats, und das kollektive Führungsorgan bestand nur noch auf dem Papier.³¹ Stalin beriet sich immer häufiger nur noch mit einem kleinen Kreis von Gefolgsleuten. In diesem wurde beschlossen, was offiziell als Entscheidung staatlicher Organe (Zentralexekutivkomitee, Rat der Volkskommissare, Rat für Arbeit und Verteidigung) ausgegeben wurde.

Die Reglementierung – strikte Zentralisierung und Kommandomethoden – trug vor allem dazu bei, Stalins Rolle zu stärken. Einzig und allein im Parteiapparat, der die staatlichen Institutionen doppelte, fielen die Entscheidungen. Gleichzeitig gewannen die Eingriffe in die Rechtsprechung an Bedeutung. Über die Durchführung der Kampagnen zur Entlarvung von »Volksfeinden« und »Schädlingen« wachte eine Ständige Kommission des Politbüros für Strafsachen.³² Dies hat G. Malenkov in seinem Schlußwort auf dem Juli-Plenum 1953 des ZK der KPdSU eindrucksvoll beschrieben.

Mit der neuen Machtkonzentration ging eine Revision der bisherigen Rechtsprechung einher. Die von Rakowski und Rjutin vom Schachty-Prozeß 1928 bis hin zur Verhandlung der »Strafsache der Schädlingsarbeit in den Elektrizitätswerken der UdSSR« 1933 beschriebenen Repressalien zielten nicht auf die physische Vernichtung der Angeklagten. In den bis Mitte der dreißiger Jahre durchgeführten – immer auf lokale Ereignisse bezogenen – Prozessen ging es in erster Linie darum, bestimmte in einer Region oder in einem Tätigkeitsbereich wirkende Funktionäre der mittleren Entscheidungsebene wie Betriebs- und Kombinatdirektoren oder Mitarbeiter der Finanzministerien und der Staatlichen Plankommission – dieser Personenkreis saß in der Regel auf der Anklagebank – gefügig zu machen und zu disziplinieren. Jede von oben verkündete Losung – auch dann, wenn sie der vorhergehenden widersprach – war unten bedingungslos zu befolgen. Wyschinski hat dieses Erziehungsziel in der Verhandlung der Strafsache »Verladung unvollständiger Mähdrescher« im August 1933 sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, als er von diesem Prozeß als einem Mobilisierungsfaktor sprach.³³

Die Stalinzeit war dadurch geprägt, daß Wirtschaftsfragen mit Hilfe des Strafgesetzbuches entschieden wurden. Was zu Lebzeiten Lenins noch Diskussionsgegenstand war – z.B. die »ursprüngliche sozialistische Akkumulation« oder die »Neutralisierung der Mittelbauernschaft« – wurde während der Amtszeit Stalins mit Hilfe des Strafgesetzbuches unter Anwendung der Artikel 107 und 58 gelöst.³⁴

31 Die Führungsorgane setzten sich 1934 wie folgt zusammen: Politbüro 15, Orgbüro 12, Sekretariat 4 Mitglieder; 1939 waren es 11; 9; 4.

32 Jeshow war vom 23. Januar 1937 an Mitglied der Kommission. Die Protokolle, die die Kommission einmal monatlich dem Politbüro zur Bestätigung vorlegte, sind der Forschung nicht zugänglich.

33 A. J. Wyschinski: Gerichtsreden, Berlin 1951, S. 202.

34 Artikel 107 sah Haftstrafen von ein bis drei Jahren für böswillige Preissteigerungen durch Nichtauslieferung von Waren und Wucher vor. Artikel 58 ahndete Staatsverbrechen und konterrevolutionäre Tätigkeit.

Die von 1926 bis September 1928 vorgenommenen Änderungen des Strafgesetzbuches wirkten sich auch auf die hier zitierten Artikel aus. Ende der zwanziger Jahre rief die als »Tribut-Prinzip« bezeichnete Agrarpolitik sowie die in die »Beseitigung der Kulaken als Klasse« mündende Kampagne noch Widerspruch und Widerstand in Partei und Gesellschaft hervor. Ungeachtet dessen, daß zehn Jahre nach der Oktoberrevolution die meisten Parteisekretäre von oben eingesetzt und Stalin treu ergeben waren, konnte ihr Widerstand gegen den neuen Kurs der Parteiführung in den Getreideanbaugebieten nur durch die Entsendung von Politbüromitgliedern, die mit außerordentlichen Vollmachten ausgestattet waren, gebrochen werden. Dabei waren »Täter«³⁵ und »Opfer« austauschbar, denn sie wuchsen in der gleichen Tradition auf und hatten die gleichen Anschauungen.

35 Zur »Täterforschung« siehe den Beitrag von A. Watlin.

Hinweise auf die Ursachen für Probleme in Industrie und Landwirtschaft waren nun höchstens noch in der Korrespondenz der Politbüromitglieder zu finden; die offizielle, im Anschluß an die Plenartagungen verbreitete Version lautete, alle Schwierigkeiten seien auf Diversion und Sabotage zurückzuführen. Da die eigentlichen Ursachen ignoriert und Scheinkämpfe geführt wurden, blieb das Haushaltsdefizit bestehen, und die Rückstände bei den Lohnzahlungen nahmen von Fünfjahrplan zu Fünfjahrplan zu.³⁶ Unter diesen Bedingungen kann die Entscheidung, immer wieder die Preise für Lebensmittel zu senken, nur als Propagandakampagne im Rahmen der Wahlen zum Obersten Sowjet gewertet werden.

36 Otto Lacis: Zum Problem der Tempi beim sozialistischen Aufbau. Betrachtungen eines Ökonomen, in: Sowjetwissenschaftliche Beiträge, 4, 1988, S. 364-377.

Die Wirtschaftsfunktionäre, die sich über die Ursachen der Probleme im klaren waren, diese aber nicht beim Namen nennen durften, waren einer doppelten Belastung ausgesetzt. Denn sie wurden ja zur Rechenschaft gezogen, wenn die Zulieferindustrie nicht funktionierte, während der Plan immer angespannter wurde. 1933 waren die Gefängnisse dermaßen überfüllt, daß das Zentralkomitee der KPdSU(B) und der Rat der Volkskommissare entschied, 400.000 Häftlinge zu entlassen. Nicht mit der Zentrale abgestimmte und von ihr nicht genehmigte Verhaftungen und Verbannungen wurden untersagt. Dennoch wurden 1933 über 1 Million Sowjetbürger verurteilt.³⁷ 1934 hatte die Verhaftungswelle solche Ausmaße angenommen, daß die Einstellung oder Entlassung von ZK-Mitarbeitern in den Unionsrepubliken nur nach Bestätigung durch Stalin oder Kaganowitsch erfolgen durfte. Die ständigen Repressionen machten eine kontinuierliche Kaderpolitik unmöglich.

37 Stalinskoe Politbjuro v 30e gody, Moskau 1995, S. 132.

38 Stalin legte an diesem Tag einen Beschluß des ZK der UdSSR (das Gesetz vom 1. Dezember 1934) vor, der bestimmte, die Untersuchung von Fällen terroristischer Aktivität innerhalb von 10 Tagen abzuschließen, die Anklageschrift erst 24 Stunden vor dem Gerichtsverfahren auszuhändigen, keine Zeugen zu vernehmen und Gnadengesuche abzulehnen. Das Urteil sei sofort zu vollstrecken.

Unter den Bedingungen der Doppelung der staatlichen Einrichtungen durch den Parteiapparat, der fehlenden innerparteilichen Demokratie (um den Apparat in Gang zu halten, wurde in der Regel kooptiert; 80 Prozent aller Parteileitungen auf Kreisebene waren nicht gewählt), des auf die ständigen Verhaftungswellen zurückzuführenden Kadermangels sowie der Tatsache, daß in Großbetrieben die Zahl der ausgeschlossenen Parteimitglieder höher war als die der Mitglieder, orientierte die Parteiführung darauf, eine Atmosphäre des Mißtrauens zu schaffen.

Stalin und seine Opponenten hatten in einem Punkt keine Meinungsverschiedenheiten: Das Jahr 1937 begann ihrer festen Überzeugung nach am 1. Dezember 1934³⁸. Die Ermordung des Sekre-

tärs der Leningrader Parteiorganisation Kirow³⁹ war Teil des Vorgehens gegen die auf dem 17. Parteitag im Februar 1934 gewählten Mitglieder des ZK der KPdSU(B). Unter den 1.966 Delegierten, von denen 1.108 den Terror nicht überlebten,⁴⁰ waren viele Gegner der Agrar- und Wirtschaftspolitik Stalins. 98 der 139 Mitglieder und Kandidaten des ZK wurden verhaftet, verbannt oder zum Tode verurteilt. Von den 1.225 Delegierten mit beschließender Stimme, die an den Abstimmungen teilnahmen, hatten nach (damals nicht veröffentlichten) Angaben der Wahlkommission 3 gegen Stalin gestimmt. Spätere Überprüfungen der im Zentralen Parteiarchiv der KPdSU in Moskau aufbewahrten Dokumente ergaben, daß über 160 Stimmzettel – mögliche Stimmen gegen Stalin – fehlten.⁴¹

1928, als die Debatten über die Gestaltung des ersten 5-Jahrplanes⁴² abgewürgt wurden, erging Stalins Weisung, Gewalt gegen die vermögenden Bauern im Rahmen der Getreidebeschaffungskampagne anzuwenden.⁴³ Die ländlich geprägte sowjetische Gesellschaft wurde in atemberaubendem Tempo (»Den Fünfjahrplan in vier [Molotow] bzw. in drei Jahren erfüllen!« [Stalin]) umgestaltet.⁴⁴ 1932 wurde der erste Fünfjahrplan – was nicht den Tatsachen entsprach – für erfüllt erklärt. Da dieses Tempo auch während des 2. Fünfjahrplanes⁴⁵ beibehalten werden sollte, mußte Stalin alle potentiellen Kritiker ausschalten. Als die Kampagne begann, durften die Zeitungen nicht darüber berichten, daß von den Anfang 1933 ca. 55.000 Verhafteten 2.000 zum Tode verurteilt und 1.000 hingerichtet wurden. Nur wenn diese Statistiken geheim blieben, konnten die bald darauf einsetzenden Schauprozesse propagandistisch als Ausnahme, als vom Feind erzwungene Störung der Normalität, in der das Leben besser, in der das Leben schöner geworden ist, interpretiert werden. Der Geheimhaltung diene auch die Verschlüsselung der ausgewählten Informationen – zu entschlüsseln nur durch einen kleinen Kreis der Funktionäre. Diese Informationspolitik, die einer gesonderten Darstellung bedarf, war Teil der repressiven Logik. Die daraus resultierende Lähmung und Angst ist im Hinblick auf die KP und KI-Funktionäre, Wissenschaftler und Milizangehörigen in der Memoirenliteratur beschrieben.⁴⁶

Der Terror war nicht zufällig oder spontan, denn das Politbüro schrieb die Quoten der zu repressierenden Bevölkerungs- und Berufsgruppen immer vor. Die Vorbereitung und Erfüllung des Befehls des NKWD 00447 vom 30. Juli 1937 »Über die Operation zur Repressierung ehemaliger Kulaken, Krimineller und antisowjetischer Elemente« ist ein Beispiel für das abgestimmte Vorgehen von Politbüro und NKWD.⁴⁷ Folgebefehle regelten die Zeitdauer, die aus dem Etat abzuzweigenden Gelder sowie die Maßnahmen gegen die Ehemänner bzw. Ehefrauen und Kinder der Repressierten.

Die Parteiführung begründete die bis zum Äußersten zentralisierte Macht immer wieder mit der »Insellage im kapitalistischen Meer«. Auf Stalins Weisung wurde häufiger über Beispiele von Sabotage und die Hinrichtung der »Saboteure« in der Regionalpresse berichtet. Dabei verdeckte und kompensierte die Machtkonzentration in einer Partei und in den Händen einer Person auf

39 Die nach Abschluß der Untersuchung angekündigte Veröffentlichung der Ergebnisse im Mordfall Kirow (Izvestija CK KPSS, 1989, 9, S. 50) ist nicht erfolgt.

40 Nikita Chruschtschow nannte diese Zahl in seiner Rede »Über den Personenkult und seine Folgen« auf dem XX. Parteitag. Zitiert nach der Ausgabe Berlin 1990, S. 26.

41 Skol'ko delegatov XVII s"ezda partii golosovalo protiv Stalina? in: Izvestija CK KPSS, 7, 1989, S. 114-121 und O sud'be clenov i kandidatov v cleny CK VKP(b), izbrannogo XVII s"ezdom partii, in: ebenda, Nr. 12, 1989, S. 82-113.

42 Otto Lacis: Zum Problem der Tempi beim sozialistischen Aufbau. Betrachtungen eines Ökonomen, in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, 4, 1988, S. 364-377.

43 Die in Vorbereitung und im Gefolge der Reise Stalins nach Sibirien am 15. Januar 1928 im Zentralkomitee erarbeiteten Dokumente und Materialien sind dokumentiert in: Izvestija CK KPSS, 5, 1991, S. 193-204 und 6, 1991, S. 202-216. Drei Wochen lang übte das ZK erfolglos Druck auf die untergeordneten Parteileitungen aus. Nachdem die örtlichen Parteiorganisationen, staatlichen Einrichtungen und Genossenschaften darauf überhaupt nicht reagierten, schickte das ZK eine von Stalin unterschriebene Direktive an die örtlichen Parteiorganisationen. Darin wurden die Parteifunktionäre zur Plandisziplin, die Staatsbeamten zur Deckung der fehlenden Ressourcen

durch Konfiskation und die Sicherheitsorgane zur Einleitung von Strafverfahren gemäß §§ 105 (Störung des Handels – Geld- oder Haftstrafe) und 107 (Spekulation und Wucher – Haft und Konfiskation des Eigentums) des Strafgesetzbuches der RSFSR gegen die Saboteure aufgefördert. Zwischenhändler und Kulaken seien zu verhaften. Nur wenn die Partei Stärke demonstriert, wird sie den schwankenden Mittelbauern (Stalin sprach von 25 Millionen Einzelbauern) auf ihre Seite ziehen. Spekulanten und Kulaken müssen wie Feinde der Sowjetmacht behandelt werden. Die in Schnellverfahren gefällten Urteile sollten in der Presse propagiert und kommentiert werden. Schon nach zwei Wochen vermeldete Stalin die Erfolge der »Strafexpedition« und wies an, die Abgaben weiter zu erhöhen.

44 M. Iljin hat in der Erzählung vom großen Plan die »Fünf Jahre, die die Welt verändern«, festgehalten. Berlin 1932.

45 M. Iljin: Berge und Menschen. Erzählungen von der Umgestaltung der Natur, Wien 1946. Die russische Ausgabe erschien 1935.

46 Siehe hierzu den Dokumentenanhang im Band »In den Fängen des NKWD«, Eugen Vargas Erinnerungen, die Tagebuchaufzeichnungen von Wladimir Wernadski, Maria Anisimowna Swanidse und die Memoiren von Michail Srejder »NKWD von innen« (Moskau 1995, russ.).

47 W. Hedeler: Wahlkampfthema GULAG, in: Sklaven, Nr. 25, 1996, S. 34-35.

eigentümliche Weise die Schwächen des Gesellschaftssystems, die sich später als wesentlich für seinen Zusammenbruch erwiesen. Solange die Entwicklung in Form der extensiv erweiterten Reproduktion verlief, konnte sich die sowjetische Gesellschaft entfalten und ihre Vorzüge gegenüber dem Kapitalismus herausstellen. Das zentralisierte, von oben nach unten reibungslos funktionierende kommunistische Regime erwies sich bis in die Zeit des »Kalten Krieges« als effektiv. Unter den Bedingungen der intensiv erweiterten Reproduktion jedoch versagte dieses System, denn es setzte nicht mehr die erforderlichen Triebkräfte frei. Initiative und Schöpferium waren weitgehend verschüttet.

Stalin drängte auf schrittweise Säuberung der Führungsorgane, vom Politbüro und den Gebietskomitees in den Unionsrepubliken bis zu den Grundorganisationen. Als die Entwicklung, vor der die in den ländlichen Gebieten tätigen Funktionäre Stalin und die Parteiführung gewarnt hatten, einsetzte: als also der Ausbau der Kolchosen im Frühjahr 1930 stagnierte, die gegen die Kulaken gerichtete Kampagne immer häufiger die Mittelbauern traf und diese 1931 begannen, sich von der Sowjetmacht abzuwenden – mußte Stalin ein letztes Mal einlenken. Nicht der Generalsekretär und seine Gefolgsleute, sondern die Genossen an der Basis hätten »das Gefühl für das richtige Maß verloren«, »den Leninschen Weg im Galopp verlassen«, schrieb Stalin im April 1930.⁴⁸ Diese Stimmungen seien so stark, daß sie zum Scheitern der Bewegung als Ganzes führen können, gab er zu bedenken. Stalins Artikel »Vor Erfolgen von Schwindel befallen«⁴⁹ und »Antwort an die Genossen Kollektivbauern«⁵⁰ sowie das kurzzeitige Wiederbeleben der NÖP 1932 sind Anzeichen für eine Minderung des Tempos. Aber von einem generellen Kurswechsel, von einer grundlegenden Änderung der Politik konnte keine Rede sein.⁵¹ Die Unruhen im Süden des Landes und im Fernen Osten dauerten an. Es kam vor, daß reguläre Einheiten der Roten Armee gegen die aufständischen Bauern eingesetzt wurden. Die Unzufriedenen griffen Argumente der »Rechten« um Bucharin und Rykow auf.

Hinweise auf das entscheidende Jahr 1932 gibt es in allen Moskauer Schauprozessen. Die Vorgänge dieses Jahres lieferten die für die Manipulation der öffentlichen Meinung erforderlichen »Beweise«. Während Stalin der Neo-NÖP keine Chance einräumte und darauf drängte, den zweiten Fünfjahrplan in zweieinhalb Jahren zu erfüllen, hofften die »Rechtsabweichler« in der KPdSU(B) auf die Abkehr von dieser Politik und auf das Festhalten am »Neuen Kurs«. Deshalb gaben sie immer wieder Loyalitätserklärungen ab und warnten ihre Schüler vor offener Opposition. Als Stalin einige übereifrige Funktionäre den erbosten Bauern opferte, war das Szenario gegen die gemäßigten Parteimitglieder längst in Auftrag gegeben und in Arbeit. »Leute, die von der Notwendigkeit einer Verlangsamung des Entwicklungstempos unserer Industrie schwatzen«, erklärte Stalin unter dem Beifall der Delegierten auf dem 16. Parteitag 1930, »sind Feinde des Sozialismus, Agenten unserer Klassenfeinde.«⁵²

Die Wunder der Folterkammer und das Geheimnis der Inneren Partei

Der Erste Stellvertreter des Volkskommissars für Innere Angelegenheiten, Ja. Agranow, berichtete in Auswertung des Februar-März-Plenums des ZK und der ZKK der KPdSU(B) 1937 vor dem Aktiv der Hauptverwaltung Staatssicherheit des NKWD, daß Jeshow ihn schon Mitte 1935 auf die Existenz eines trotzkistischen Zentrums in Moskau hingewiesen hatte. Jeshow war seit Februar 1935 Sekretär des ZK der KPdSU(B) und Vorsitzender der ZKK.⁵³ In Stalins Auftrag kontrollierte er die Tätigkeit des damals noch von Jagoda geleiteten NKWD. Stalin setzte sich über die Einwände aus dem NKWD hinweg und verlangte, Sinowjew in den Mordfall Kirow zu verwickeln. Die Beweise sollte der Prozeß gegen das »Leningrader Zentrum« bringen⁵⁴. Jeshow oblag damals nicht nur die Kontrolle des NKWD, er griff seit Dezember 1934 aktiv in die Vorbereitung der nichtöffentlichen Verhandlung gegen das »Moskauer Zentrum«⁵⁵ ein.

Während dieses Prozesses wurden Sinowjew und Kamenew auf ihre Rolle in den späteren Verfahren festgelegt.⁵⁶ Kamenews Schicksal teilten nicht nur die Ehefrau und die Söhne, sondern auch seine Angehörigen und deren Familien.⁵⁷ Gegen alle liefen gesonderte Verfahren. Kamenews Ehefrau wurde verhaftet; seine geschiedene Frau, eine Schwester Trotzki, zunächst verbannt und später erschossen. Im Verfahren gegen die »Terroristische Gruppe in der Regierungsbibliothek« wurde gegen die ehemalige Ehefrau des Bruders von L. B. Kamenew, N. A. Rosenfeld, ermittelt; ihre Kinder wurden als Mitglieder der »Terroristischen Gruppe der trotzkistischen Jugend« verhaftet. Ihnen wurde Zusammenarbeit mit der »Terroristischen trotzkistischen Gruppe in der Kremlikommandantur« und der »Terroristischen Gruppe der Militärs« vorgeworfen. Angeblich hätten sie über Trotzki Kontakt zur »Konterrevolutionären terroristischen Gruppe ehemaliger Teilnehmer der weißgardistischen Bewegung« gehalten.

Jeshow war bei den Verhören anwesend und erteilte den verantwortlichen Mitarbeitern des NKWD Weisungen, wie sie die Untersuchung zu führen hätten.⁵⁸ Jagodas Untersuchungsführer konnten eine Beteiligung der Angeklagten im Mordfall Kirow nicht beweisen. Das Geständnis der Mitwisserschaft reichte für die Verurteilung.

In den Folgemonaten wurden – begleitet von entsprechenden Propagandakampagnen – landesweit Trotzlisten, Sinowjewanhänger und Mitglieder der Arbeiteropposition erneut vor Gericht gestellt und verurteilt. Darauf folgte der von Januar bis April 1935 vorbereitete Prozeß »Kreml-Bibliothek und Kreml-Kommandantur«. Zu diesem Zeitpunkt übernahm Akulow die Funktion des gestürzten Jenukidse im ZEK und Wyschinski wurde Generalstaatsanwalt der UdSSR.

Aber erst ein Jahr später, im Februar 1936, nach der Explosion im Kemerower⁵⁹ Elektrizitätswerk, erhielt das NKWD den Befehl, den »trotzkistisch-sinowjewistischen Untergrund« restlos zu liquidieren. Die Säuberung sei nicht zu Ende, in der Partei gäbe es noch genügend juristisch zur Verantwortung zu ziehende Mitglieder. Jeshow forderte die Sekretäre der Kreisleitungen in einem vom ZK

48 Über die tatsächliche Agrarpolitik des Stalinschen ZK und des Gesamtrossischen Zentralexekutivkomitees von 1927 bis 1932 existiert inzwischen eine umfangreiche Literatur. Siehe z.B.: Dokumenty svidetel'stvujut. Iz istorii derevni nakanune i v chode kollektivizacii. 1927-1932 gg. Pod red. V. P. Danilova i N. A. Ivnickogo, Moskau 1989.; Sud'by rossijskogo krest'janstva. Pod obscej red. Ju. N. Afanas'eva, Moskau 1996. Zu Beginn des 2. Fünfjahrplanes war die Kollektivierung vollzogen, aber die Produktivität der Landwirtschaft unter das Niveau von 1928 gesunken.

49 J. Stalin: Vor Erfolgen von Schwindel befallen. Zu den Fragen der kollektivwirtschaftlichen Bewegung, in: J. Stalin, Werke, Berlin 1954, Bd. 13, [2. März 1930] S. 168-175.

50 Ebenda, S. 177-200. Die »Fehlerkorrektur«, d.h. die Einstellung der Übergriffe auf die Mittelbauern, ist jedoch keineswegs mit einem Zugeständnis an die rechte Abweichung zu verwechseln.

51 Günter Reimann gehört zu den Zeitzeugen, die diese Auffassung »vom Prager Frühling in Moskau« vertreten. Siehe seine Erinnerungen »Berlin-Moskau 1932. Das Jahr der Entscheidung«, Hamburg 1993. – Stalin gelang es immer wieder – das belegt die Auswahl von Stalins Briefen an Molotow –, Kritiken am Vorgehen Wyschinskis im Politbüro und diesbezügliche Entscheidungen, die in Abwesenheit Stalins getroffen wurden, aufzuheben. Ein Beispiel ist das Veto Ordshonikidses gegen Wyschinskis Fest-

stellung im Strafprozeß
»Verladung von unvollständigen Mähdreschern« (August 1933). Als Stalin von der Notiz im Protokoll der Sitzung erfuhr, setzte er die Streichung dieser Stelle durch.

52 J. Stalin: Politischer Rechenschaftsbericht an den XVI. Parteitag, in: J. Stalin, Werke, Bd. 12, S. 240.

53 Jeshow hatte Kaganowitsch abgelöst, der weiterhin als ZK-Sekretär und Volkskommissar für Verkehrswesen tätig war.

54 Der Prozeß folgte auf das Verfahren und die Hinrichtung von 14 Hauptschuldigen an der Ermordung Kirows am 28. und 29. Dezember 1934 in Leningrad. Am 9. Januar 1935 wurden 77 Mitglieder des sogenannten Leningrader Zentrums durch die Sonderberatung des NKWD verurteilt. Eine Woche später folgte der Prozeß gegen das Moskauer Zentrum.

55 Der Prozeß fand im Januar 1935 statt. Der Fall des Moskauer Zentrums, in: Schauprozesse unter Stalin. a.a.O., S. 45-86.

56 Es existiert ein erster Entwurf der Anklageschrift, aus dem hervorgeht, daß Kamenew und Sinowjew die ihnen zur Last gelegten Verbrechen nicht gestanden haben. Dieses Dokument wurde gesondert abgelegt und nicht den Untersuchungsakten angefügt. Tage später gaben sie sogar Straftaten zu, von denen in der neuen Anklageschrift nicht die Rede war. (Angaben aus Valentin Kovalev: Dva Stalinskich Narkoma, M. 1995, S. 120.)

versandten Rundschreiben auf, dem NKWD Namenslisten der Auszuweisenden zu übergeben. Jagoda sandte Stalin umgehend einen Bericht, in dem davon die Rede war, daß alle trotzkistischen Gruppen aufgespürt und liquidiert worden seien. Gleichzeitig schlug er vor, alle bereits verhafteten Trotzkisten in noch entferntere Lager zu verbannen. Im März 1936 stimmte Generalstaatsanwalt Wyschinski diesem Vorschlag zu. Aber Stalin genügte das Vorgehen gegen die Trotzkisten nicht mehr. Jagoda wurde Nachgiebigkeit gegenüber den Rechten vorgeworfen.

Jeshow hingegen hatte in dem bereits erwähnten Manuskript »Von der Fraktionsmacherei zur offenen Konterrevolution« hervorgehoben, daß auch die Rechten die Waffen nicht niedergelegt, sondern eine Untergrundorganisation geschaffen hätten. Das von Jeshow entworfene, von Stalin redigierte und von Wyschinski umgesetzte Manuskript ist ein Beispiel für die theoretische Legitimation des Repressionsapparates.

Im Mai 1936 veranlaßte Stalin im Politbüro des ZK der KPdSU(B) eine namentliche Abstimmung über das weitere Vorgehen gegen die sogenannten Parteifeinde und stimmte im Juni Jagodas und Wyschinskis Vorschlag, den Prozeß gegen Kamenew und Sinowjew erneut aufzurollen, zu. Alle im Moskauer Schauprozess 1936 verurteilten Angeklagten wurden im Zuge der daraufhin einsetzenden Säuberungswelle verhaftet bzw. aus den Lagern und Verbannungsorten in die Moskauer Gefängnisse überstellt. Das »Belastungsmaterial« gegen sie lieferten u.a. die bereits seit Mitte der zwanziger oder Anfang der dreißiger Jahre verbannten oder inhaftierten Trotzkisten, Sozialrevolutionäre, Menschewiki⁶⁰ oder Bolschewiki, darunter Kamenew und Sinowjew.

Anhand der heute zugänglichen Archivdokumente über die Moskauer Prozesse von 1936 bis 1938 läßt sich die schrittweise Arbeit am Szenario des jeweiligen »Parallel- oder Reservezentrums«⁶¹ rekonstruieren. Wyschinski und Jeshow sowie die mit der Führung der Verhöre beauftragten NKWD-Mitarbeiter waren während der Voruntersuchung und während des Prozesses regelmäßig bei Stalin im Kreml zum Rapport.⁶² Die Berichterstattung in der Tagespresse war genau mit dem Verhandlungsverlauf abgestimmt. Am 3. März 1938, als Bucharin über die geplante Ermordung Lenins vernommen wurde, erschien der Artikel von P. Pospelow »Der Kampf Bucharins und Rykows gegen Lenin und die Partei. Ein historischer Rückblick«. Stalin verbesserte nicht nur die Anklageschrift, sondern redigierte die Pressemitteilungen über die Prozesse, bestimmte, wer und wie zu verurteilen sei und legte den Zeitpunkt der Prozeßeröffnung fest.

Aufgabe der Untersuchungsführer war es, die Angeklagten zu einem vorbereiteten Geständnis zu bewegen. Stalin persönlich hatte im Juni 1937 die Genehmigung zur Folter erteilt. Bis zur Vorlage der Anklageschrift wenige Tage vor Prozeßbeginn im August 1936 wurde das Szenario häufig geändert, und die Angeklagten wurden nach Belieben ausgewechselt oder (wie die verhafteten Militärs und Bucharinschüler) in Reserve gehalten.⁶³ Wyschinski schickte Stalin regelmäßig die Protokolle der Gegenüberstellungen und fragte an, ob Stalin eine Weiterverwendung wünscht oder

nicht. Die Anklagevertretung unternahm alles, um die Angeklagten zu kriminalisieren. Als »Beweise« für die von ihnen begangene oder von ihnen befohlene Diversions- und Schädlingarbeit dienten Unfälle und Havarien, Seuchen und Mißernten. Alle diese »Beweise« waren in einem vor Prozeßbeginn vom ZK den Parteiorganisationen übermittelten internen Schreiben enthalten. Damit war die Vorverurteilung ausgesprochen. Von allen diesen Vorkommnissen im Transportwesen, in Industrie und Landwirtschaft war auf den Plenartagungen des ZK die Rede. Hier wurde auch vorab entschieden, welche Funktionäre zur Verantwortung gezogen werden mußten.

Stalin war mit der schleppenden Aufklärung der »Sabotage« und der geringen Auswirkung der Disziplinierung in der Kommunistischen Partei nicht zufrieden. Denn Wyschinskis Versuch, unter Hinweis auf Aussagen der im ersten Schauprozess Angeklagten ein Verfahren gegen Tomski, Bucharin, Rykow, Uglanow, Radek und Pjatakow einzuleiten, war gescheitert. Im Telegramm vom 25. September 1936, das Stalin und Shdanow aus Sotschi an Kaganowitsch und Molotow schickten, wurde die Absetzung des Chefs des NKWD Jagoda und die Ernennung Jeshows zum Chef der Sicherheitsorgane mit dem Hinweis auf die vierjährige Verspätung der OGPU bei der Zerschlagung des trotzkistisch-sinowjewistischen Blocks begründet. Diese Formel fand Eingang in die Entschließung des Februar-März-Plenums 1937.⁶⁴ Viele Parteimitglieder standen unter dem Eindruck des im Januar 1937 zu Ende gegangenen zweiten Schauprozesses. L. Feuchtwanger hat mit einigen von ihnen über den Prozeß gesprochen und ihre Antworten im Reisebericht für seine Freunde verarbeitet. Aber es bedurfte zweier Anläufe während des Plenums, um die Mehrheit der Teilnehmer von der Notwendigkeit der Verhaftung der Hauptangeklagten im dritten Moskauer Schauprozess zu überzeugen.

Auch die im kleinen Kreis durchgeführten Vorarbeiten waren enorm. Der Vorsitzende des Militärkollegiums des Obersten Gerichts der UdSSR Ulrich schickte Jeshow den Entwurf der Anklageschrift zur Abstimmung zu. Stalin akzeptierte erst die dritte der ihm von Wyschinski und Jeshow vorgelegten Varianten der Anklageschrift des Schauprozesses vom Januar 1937. Er ergänzte Verhörprotokolle um den Vorwurf der Spionage- und Diversionstätigkeit und verlangte immer wieder, die Biographien der Angeklagten umzuschreiben und ihren »Verrat« so weit wie möglich zurück zu datieren. In keiner der Voruntersuchungen zu den drei Schauprozessen lag eine für alle Angeklagten geltende Anklageerhebung vor; die einzelnen »Fälle« wurden erst unmittelbar vor Prozeßbeginn zusammengefügt.

Den entscheidenden Durchbruch brachte erst der dritte Schauprozess, als die Angeklagten »gestanden«, schon seit 1921 im Auftrag ausländischer Geheimdienste gearbeitet und die Ermordung Lenins geplant zu haben. Das konnte nicht ohne Auswirkung auf die Darstellung der Geschichte der KPdSU bleiben. Der Widerstand im Politbüro und an der Parteibasis erlosch erst in den Monaten zwischen dem zweiten und dritten Schauprozess. Der im Juni 1937 durchgeführte Geheimprozess gegen die »vom NKWD aufgedeckte konterrevolutionäre Verschwörung in der Armee« war

57 Weitere, in der Literatur dokumentierte Beispiele für »Sippenhaft« sind das Vorgehen gegen die Familie und die Angehörigen Nikolai Bucharins und Julius Martows.

58 Roy Medwedew: Das Urteil der Geschichte, Berlin 1992, Bd. 2, S. 42.

59 Die Gerichtsverhandlung über die Vorfälle in Kemerowo fand erst im November 1936 statt.

60 Eine 1941 erstellte Statistik der politischen Gefangenen aus 66 Lagern ordnet sie 15 politischen Parteien und Gruppierungen zu. Siehe: Soprotivlenie v Gulage, Moskau 1992, S. 201-203.

61 Die Namen aller in den darauffolgenden Prozessen Hauptangeklagten wurden im ersten Schauprozess genannt.

62 Siehe Stalins Besucherbuch im Kreml. In Fortsetzungen veröffentlicht in der Zeitschrift Istoriceskij archiv.

63 Alexander Weißberg-Cybulski hat »Im Verhör« [Wien 1993, Erstausgabe 1951] beschrieben, wie man ihn im Inneren Gefängnis des NKWD auf seine Rolle im Schauprozess gegen Bucharin vorbereitete. Da er sich für diese Rolle als ungeeignet erwies, ließen ihn die Regisseure stillschweigend aus dem Ensemble verschwinden.

64 Abendsitzung vom 2. März 1937, Redner: Jeshow, in: Voprosy Istorii, 1994, 10, S. 13-27.

65 Siehe den Beitrag von Reinhard Müller.

für den Stimmungsumschwung im ZK und Politbüro entscheidend. In den Monaten Mai bis Juni wurde eine Reihe von Diplomaten zur Berichterstattung nach Moskau bestellt und verhaftet. Nach ihrer Weigerung, gegen Bucharin auszusagen, wurden Newski und Preobraschenski erschossen und Pjatnitski, Krestinski und Knorin verhaftet. Sie sollten nicht nur den Platz ihrer erschossenen Genossen einnehmen, sondern den Bezug zu den geplanten Folgeprozessen – u.a. zum Kominternprozeß⁶⁵ – herstellen. Im Juni begann die zwischen Politbüro und NKWD abgestimmte Aktion gegen die »antisowjetischen Elemente« und die deutschen Politemigranten, seit August 1937 gab es an der Parteibasis keinen nennenswerten Widerstand mehr. Manifestationen und Betriebsversammlungen, in denen die Höchststrafe gefordert wurde, ließen sich von nun an auf Zuruf organisieren.

Erst dieser Umschwung in der öffentlichen Meinung bedeutete den Sieg der Stalinisten. Denn die tatsächliche Reaktion der Parteimitglieder und der Öffentlichkeit auf die Schauprozesse betrachtete die Parteiführung immer als einen Unsicherheitsfaktor. Auf dem Februar-März-Plenum 1937 war nicht zufällig häufig von der Situation an der Parteibasis die Rede. Zeitzeugen weisen auf das gestörte Verhältnis zwischen Justiz- und Sicherheitsorganen hin. 1936 stießen die Aktivitäten des NKWD auf Ablehnung, wurden von der Parteimitgliedschaft – oft bis hinauf auf die Ebene der Kreis- und Bezirkssekretäre – nicht mitgetragen. Vor allem in der Provinz beklagten sich Mitarbeiter des NKWD über die fehlende Unterstützung. Moltschanow, Leiter der Geheimen politischen Abteilung der HV Staatssicherheit des NKWD, berichtete im Juni 1936 in einem Brief an Jeshow, daß Staatsanwälte aus dem Asow-Tschernomorsker Gebiet dem NKWD die Ausstellung von Haftbefehlen verweigern.

Der Schauprozeß von 1936 brachte auch hier den Durchbruch. Unmittelbar im Anschluß an die Veröffentlichung des Urteils trafen die ersten »selbstkritischen« Briefe von Parteimitgliedern im ZK ein, in denen viele auf ihre »Fehler«, die ihnen erst im Verlauf des Moskauer Prozesses klargeworden seien, hinwiesen.⁶⁶ Das Signal, daß im Tausch für ein Geständnis nicht mehr auf Milde zu hoffen war, wurde verstanden. Jeshow kritisierte in seiner zweiten Rede auf dem Februar-März-Plenum 1937, daß sich viele Institutionen oft darauf beschränkten, Vorfälle einfach an das NKWD weiterzumelden. Er sei jetzt viereinhalb Monate im Amt und könne kein Beispiel nennen, daß das NKWD von Anfang an einbezogen oder ihm vorab mitgeteilt worden sei, wer verdächtig sei. »Und wenn wir jemanden verhaften wollen«, beklagte sich Jeshow, »dann stellt man sich schützend vor ihn. Aber was wollen die Betriebsleiter mit Spezialisten, von denen man doch weiß, daß es sich um Schädlinge handelt?« Als Beweis für das Vorhandensein von »Schädlingen« diente Jeshow die Qualität der Produktion. Wenn der Ausschuß in einem Betrieb 45-50 Prozent der Produktion ausmache, müßten Schädlinge am Werk sein.

Vom März bis Juli 1937 spielte der Artikel 58 des Strafgesetzbuches so gut wie keine Rolle, wurde nicht in Anwendung gebracht. Das änderte sich, als Jeshow im März 1937 begann, gegen

66 RZChIDNI, F. 81, op. 3, d. 254, Bl. 85-89. K. Nikolaewa an Jeshow vom 3. 9. 1936. Im Bestand Kaganowitsch.

Jagodas Leute im Apparat des NKWD vorzugehen und sie durch Parteikader zu ersetzen.⁶⁷ Von Juni 1937 an berichtete die »Pravda« regelmäßig über die zahlreichen Hinweise aus der Bevölkerung auf »Schädlinge« und »Diversanten«. Um operativer vorgehen zu können, wurden einem Beschluß des Politbüros folgend im NKWD die sogenannten Troikas⁶⁸ gebildet. Die Troikas ließen sich von dem vom Politbüro vorgegebenen Zahlen leiten. Die Kommission des Politbüros für Gerichtsverfahren lenkte die Tätigkeit der Sonderberatung des NKWD und des Militärtribunals. Die Welle der Denunziationen war so stark, daß sogar Kaganowitsch, ein Vertrauter Stalins, von ihr erfaßt wurde. Im Juni 1937 wurde eine Direktive der KPdSU(B) verschickt, die den Umgang mit den Angehörigen von »Volksfeinden« regelte. Jeshow bedankte sich während einer Parteiversammlung im Exekutivkomitee der Komintern für die Mithilfe beim Auffinden und dem Ausrotten der Todfeinde, der Trotzlisten und Spione. Eugen Varga hat die Folgen des Terrors in der Komintern, die vor Angst wahnsinnigen Funktionäre beschrieben. Viele waren demoralisiert und unfähig zu arbeiten⁶⁹.

Es gab nie Unklarheiten über die Größenordnung der jeweiligen Säuberungskampagne. So nannte Stalin auf dem Februar-März-Plenum 1937 die Zahl der noch nicht enttarnten »Parteifeinde«: Er sprach von 30.000 Rechten und Trotzlisten, von denen erst 18.000 verhaftet seien. Von 102 Mitgliedern des Ukrainischen ZK blieben nach der vor Ort von einer ZK-Kommission veranlaßten Verhaftungswelle im August 1937 nur 3 am Leben.⁷⁰ Im Oktober 1937 hielt Mikojan auf der Festveranstaltung aus Anlaß des 20. Jahrestages des NKWD ein Referat unter dem Titel »Jeder Sowjetbürger – ein Mitarbeiter des NKWD«. Das Jahr, in dem Jeshow die Spitze seiner Karriere erreichte, ging zu Ende. Der Generalkommissar für Staatssicherheit war für die Aufdeckung der »trotzkistischen Verschwörung in der Armee« mit dem Lenin-Orden ausgezeichnet und als Kandidat des Politbüros bestätigt worden.

Partei, Justiz und NKWD arbeiteten auch bei der Vorbereitung des Prozesses gegen den »Block der Rechten und Trotzlisten«, der im März 1938 begann, Hand in Hand. Die die Angeklagten belastenden Dossiers lagen rechtzeitig vor, bei »Beweismangel« könne das NKWD selbstverständlich auf das Parteiarchiv zurückgreifen, war aus dem ZK zu vernehmen. Die Zentrale Parteikontrollkommission der KPdSU(B) und die Internationale Kontrollkommission der Komintern stellten im Vorfeld jeder Säuberung und jedes Prozesses rechtzeitig das die betreffenden Parteimitglieder belastende Material zusammen.

Die Analyse der Vorbereitung und des noch während der Gerichtsverhandlung – nach Krestinskis Widerruf – geänderten Szenarios des dritten Schauprozesses erschöpft sich nicht in der Aufdeckung der während der Untersuchungshaft angewandten Folterpraktiken. Nachdem im Dezember 1937 die Entscheidung gefallen war, die Beziehung der Rechten zu den Trotzlisten in der Armeeführung aus der Anklageformel zu streichen, wurden einige Ärzte verhaftet. Neben die Wunder der Folterkammer tritt – mit den Bildern von George Orwell und Arthur Koestler – das Geheimnis der Inneren

67 Von dieser Säuberung waren auch in die Komintern kommandierte NKWD-Mitarbeiter betroffen. So arbeitete z.B. der Leiter der Auslandsabteilung der OGPU M. A. Trillisser (1883-1940) unter dem Pseudonym Moskwin bis zu seiner Verhaftung 1937 als Sekretär der Komintern.

68 Troikas (bestehend aus dem Leiter der Gebietsverwaltung des NKWD als ihrem Vorsitzenden, dem Ersten Sekretär der Bezirksleitung der KPdSU(B) und dem Vorsitzenden des Gebietsexekutivkomitees) hat es bereits in der Amtszeit von Jagoda, seit Mai 1935 gegeben. Die Troikas durften Todesurteile und Haftstrafen verhängen. Im August 1937 befahl Jeshow zur Beschleunigung der Verfahren Dwoikas (bestehend aus dem Leiter des örtlichen NKWD und dem Leiter der örtlichen Staatsanwaltschaft) zu bilden.

69 Varga, Eugen. In: *Problemy mira i socialisma*, 1989, 7, S. 90.

70 Vergleichbare Aktionen gab es in Weißrußland und Tatarstan. Siehe: Valentin Kovalev: *Dva Stalinskich Narkoma*, M. 1995, S. 187-189. In Iwanowo bei Moskau wurden alle ehemaligen Sozialrevolutionäre, Anarchisten, Menschewiki und Angestellte der Ostchinesischen Eisenbahn verhaftet und hingerichtet. Siehe Michail Srejder: *NKVD iznutri*, M. 1995, S. 71.

71 Michel Foucault: Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, Frankfurt am Main 1994, S. 18f.

Partei. Hier trifft zu, was Michel Foucault über den Wandel in der Strafpraxis schreibt: »Das physische Leiden, der Schmerz des Körpers selbst bilden nicht mehr die wesentlichen Elemente der Strafe.«⁷¹ Letzten Endes geht es bei dem Ritual der Gerichtsverhandlung nicht um die Gerechtigkeit, sondern um die Manifestation der Macht, um die Wiederherstellung der Macht des Souveräns.

Als Anfang 1938 die Untersuchung gegen den »Block der Rechten und Trotzlisten« abgeschlossen und die Anklageschrift in Vorbereitung war, begann die Plenartagung des ZK. Malenkov räumte Fehler der Parteiorganisationen beim Ausschluß von Mitgliedern ein und sprach von bürokratischem Verhalten im Hinblick auf berechtigte Eingaben. Mit Blick auf Jagodas Verurteilung im dritten Moskauer Schauprozeß war eigentlich klar, was kommen würde. Am 9. April 1938 wurde mitgeteilt, daß Jeshow von Lawrenti Berija als Chef des NKWD abgelöst ist und das Volkskommissariat für Schifffahrt übernimmt.

Der Beschluß des Rates der Volkskommissare der UdSSR und des ZK der KPdSU(B) »Über die Verhaftungen, Voruntersuchungen und Verfahren« vom 17. November 1938 enthielt die Feststellung, daß der Kampf gegen Spione und Diversanten noch lange nicht beendet sei. Die Geheimpolizei blieb eines der wichtigsten Instrumente der Herrschaftssicherung. Sie führte den Kampf gegen Oppositionelle, beschaffte Informationen und kontrollierte die Wirtschaft.

Im erwähnten Beschluß war davon die Rede, die Arbeit mit den Informanten zu verbessern. Nicht die Quantität, die ihren Ausdruck in Massenverhaftungen und vorgegebenen Limiten fand, sondern die Qualität sei entscheidend. Die Praxis, daß Protokolle gar nicht oder im Nachhinein erstellt wurden, dürfe nicht mehr geduldet werden, die Troikas seien aufzulösen.⁷²

Der Terror hatte neue Dimensionen angenommen und bedurfte neuer Steuerungsmechanismen. Davon war auch das seit 1934 existierende GULagsystem betroffen. Unter Berija mußte regelmäßig eine erforderliche Zahl von Arbeitskräften zur Verwirklichung des dritten 5-Jahrplanes zur Verfügung stehen.

Diese Dimension von Zwangsarbeit kann nicht ohne Auswirkung auf die Definition des Opferbegriffes und die Frage nach den Opferzahlen bleiben. Es gab ein sowjetisches Äquivalent für Sippenhaft und Genozid. »Der Weg in die Arbeitslager konnte damit für diese Angeklagten an vier Stellen vorfristig mit dem Tod enden: bei der Verhaftung, während der Folter, durch die Verurteilung zur Höchststrafe und schließlich auf dem beschwerlichen Transport in die Lager. Diese Toten tauchen in der Lagerstatistik, die nur die im Lager⁷³ tatsächlich Eingetroffenen einbezog, nicht auf.«⁷⁴

Die Schauprozesse waren nur die Spitze des Eisberges. Zwischen dem 17. und 18. Parteitag, d.h. von Januar 1934 bis März 1939, ging die Zahl der ZK-Mitglieder auf 108 zurück. Von den 139 auf dem 17. Parteitag gewählten Mitgliedern waren 31 übriggeblieben. Während der Plenartagungen im Juni und Oktober 1937 sowie im Januar 1938 wurden weitere 75 ausgeschlossen.⁷⁵ Der »Parteitag der Sieger« – fast auf den Tag genau ein Jahr nach dem dritten Schauprozeß im März 1939 eröffnet – steht für das Ende der Hoff-

72 Beschluß des Rates der Volkskommissare vom 17. November 1938, in: Istoriceskij archiv, 1992, 1, S. 125-128.

73 A. Antonov-Ovseenko stellt im Buch »Vragi naroda« (Moskau 1996) die von Memorial für einige Lager ermittelten Opferzahlen der offiziellen, auch von Chruschtschow genutzten Statistik gegenüber.

74 Stephan Merl: Das System der Zwangsarbeit, a.a.O., S. 280.

75 Izvestija CK KPSS, 12, 1989, S. 87; Cernev, A. D.: 229 Kremlevskich vozdej. Politburo, Orgburo, Sekretariat CK Kommunisticeskoj partii v licah i cifrach, M. 1996, S. 14-15.

nung auf die Durchsetzung einer alternativen Gesellschaftskonzeption. Bis Oktober 1952 fand kein Parteitag mehr statt.

Terror als Wirtschaftsfaktor und »Triebkraft« gesellschaftlicher Entwicklung

Auf die Verurteilung der Angeklagten folgten lokale Kampagnen gegen Parteifunktionäre und ihre Angehörigen,⁷⁶ gegen ehemalige Gendarmen, Kulaken, Sozialrevolutionäre, Offiziere und Trotzkiisten sowie Vertreter nationaler Minderheiten, darunter Koreaner, Deutsche und Polen. Alle Betroffenen wurden im Anschluß an die Prozesse durch das Militärkollegium bzw. von Militärtribunalen gemäß Kategorie 1 (Tod durch Erschießen) oder 2 (25 Jahre Arbeitslager) verurteilt. Hier blieb nichts dem Zufall überlassen, die »Opfergruppen« wurden im voraus festgelegt. Einige, das Vorgehen gegen sie regelnde Befehle und Rundschreiben des NKWD und die Beschlüsse der Partei- und Staatsführung über die Organisation der Exekutionen bzw. die Einrichtung von Arbeitslagern sind heute in Auszügen veröffentlicht.⁷⁷

Unter Rückgriff auf heute zugängliche russische Archivadumente ist es möglich, verharmlosende und überzogene Interpretationen zu korrigieren.⁷⁸

Der Volkskommissar für Schwerindustrie Ordshonikidse, der am Vorabend des Februar-März-Plenums 1937 Selbstmord beging, gehörte zu den Wirtschaftsführern, die sich hartnäckig weigerten, Stalins Methoden in den ihrem Ministerium unterstehenden Wirtschaftszweigen aufzugreifen und durchzusetzen. Wenn die ihrem Zuständigkeitsbereich zugeordneten strafversetzten Funktionäre – im Falle von Ordshonikidse waren es Pjatakow und Bucharin – nicht kontinuierlich arbeiten konnten, weil sie immer wieder zur Zielscheibe in Disziplinierungskampagnen wurden, protestierte der Volkskommissar an höchster Stelle. Der Vorsitzende des Komsomol Kosarew wies während eines Gesprächs mit Stalin im Juli 1937 Jeshows Vorwürfe an die Adresse der Jugendorganisation zurück. Im November 1938 wurde er verhaftet. Nachdem er sich auch in der Haft weigerte, zu gestehen, kam der geplante Prozeß gegen die Jugendorganisation nicht zustande. Kosarew wurde im Februar 1939 erschossen. Kosarews und Ordshonikidses Platz nahmen Funktionäre wie Alexander Leontjewitsch Onissimow ein – ein Menschenschlag, den Alexander Bek im Roman »Die Ernennung«⁷⁹ beschrieben hat. Selbständigkeit und Entscheidungsfreiheit bedeutete für sie, sich den Entscheidungen des Generalsekretärs absolut unterzuordnen.

Der Führungszirkel wurde permanent an die Gewaltanwendung als Mittel zur Steuerung gesellschaftlicher Prozesse und zur Lösung von Widersprüchen gewöhnt. Schauprozesse setzten Triebkräfte frei, ermöglichten schnelle und drastische Eingriffe in alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Auf dem Höhepunkt des Terrors schlug der Chef des NKWD vor, von vorzeitigen Entlassungen der zu Arbeits- und Umerziehungslager verurteilten Häftlinge abzusehen. Wenn ihr Strafmaß abgelaufen war, sollten sie nach Möglichkeit am Verbannungsort bleiben. Dies ließe sich über die Aufenthaltserlaubnis regeln. Auf diese Weise ließe sich Fluktua-

76 Am 15. 8 1937 ergeht der Befehl, mit den Repressalien der Angehörigen der Volksfeinde und Trotzkiisten zu beginnen, deren Männer vom Militärkollegium bzw. Militärtribunalen vom 1. 8. 1936 nach der 1. oder 2. Kategorie verurteilt wurden.

77 Vgl. die von der Rehabilitationskommission vorbereitete Dokumentation mit den Befehlen, Rundschreiben und Dienstanweisungen des NKWD. Über das Zusammenwirken von Politbüro und Führung des NKWD bei der Umsetzung des Befehls 00447 vom 30. 7. 1937 »Über die Operation zur Repressierung ehemaliger Kulaken, Krimineller und anderer antisowjetischer Elemente« siehe: W. Hedeler: Wahlkampfthema GULAG, in: Sklaven, 25, 1996, S. 34.

78 Auf die russische Literatur, in der die Debatte um die Zahl der Opfer des Großen Terrors geführt wird, ist an anderer Stelle eingegangen worden. Vgl. die Literaturberichte in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Hefte 2,5,8,11, 1994; 9, 1995; 4, 1996.

79 Alexander Bek: Die Ernennung. Aus dem Russischen von Helga Gutsche, Berlin 1988.

80 Valentin Kovalev: Dva Stalinskich Narkoma, M. 1995, S. 99.

tion von Arbeitskräften verhindern. Die Einbindung von GULag-häftlingen in den Arbeitsprozeß ging längst über die Erarbeitung der für ihren Unterhalt jährlich erforderlichen 500 Rubel hinaus.⁸⁰

Die Schauprozesse von 1936 bis 1938 zogen Veränderungen in Funktion und Aufbau des NKWD als Terrorapparat nach sich. Die Verbindung zum Parteiapparat wurde immer enger. Der Terror hatte solche Ausmaße angenommen, daß zu seiner Umsetzung Politbürobeschlüsse erforderlich waren. Das betraf z.B. den für die Umsiedlung der Kulaken oder nationaler Minderheiten erforderlichen Wagenpark oder die finanziellen Aufwendungen für die Wachmannschaften und den Aufbau der Lager in den unerschlossenen Ansiedlungsgebieten. Ein spontanes Vorgehen des NKWD war von Anfang an ausgeschlossen. Um schneller und flexibler handeln zu können, übernahm die Zentrale immer mehr Funktionen der regionalen Gliederungen des NKWD oder der Staatsanwaltschaft.

Begleitet wurde der Terror auch durch einen gezielten und gesteuerten Umgang mit Informationen und Deutungen der Vorgänge. Die »Umerziehung fremder Elemente durch Arbeit« bot Stoff für Literatur, Malerei und Film. Der Film über den Pionier Pawlik Morosow, der den eigenen Vater denunzierte, das Gemälde »Jeshow bei der Inspektionsreise auf dem Weißmeerkanal« oder der den Bau des Kanals verherrlichende Prunkband sind nur einige Beispiele, wie mit der Thematik GULag in Kunst und Literatur umgegangen wurde.

Da der Vorhang immer nur ein wenig gelüftet wurde, blieb die Vorarbeit, die hinter den Gefängnis- und Kremldauern geleistet wurde, der Öffentlichkeit jedoch weitgehend verborgen. Das Zentralkomitee verschickte geheime, nur für den Dienstgebrauch gedachte Rundschreiben, um die Funktionäre rechtzeitig auf die von ihnen erwarteten Aktivitäten in der Kampagne zur Entlarvung und Verurteilung der »Schädlinge und Spione« einzustimmen.⁸¹ Die »öffentlichen« Schauprozesse, die kurzzeitig den Blick auf die Verurteilten freigaben, waren stets von Propagandakampagnen eingerahmt und erschienen wie eine aufgezwungene, unliebsame Störung der Normalität. »Die Vollendung der Rekonstruktion der Industrie und der Landwirtschaft hatte zur Folge, daß die Volkswirtschaft nunmehr technisch erstklassig und in reichem Maße ausgerüstet war.«⁸² Stalins Ausspruch »Das Leben ist schöner, das Leben ist fröhlicher geworden« war 1937 außerordentlich populär.

Der politischen Praxis – den zwei Gesichtern der Sowjetunion, wie Feuchtwanger sagte, dem der bauenden und dem der strafenden Union – entsprach eine vorgegebene Sprachregelung. Wer sich nicht an die Vorgaben hielt, nicht von Konterrevolutionären, Schädlingen oder Spionen sprach, wer sich weigerte, die in Ungnade gefallenen Funktionäre als Wirrköpfe, Schwätzer oder Feinde zu titulieren oder die Havarien auf die mangelnde Qualifikation der Werktätigen und die schlechte Ersatzteilversorgung zurückzuführen, wurde vom Zentralkomitee zur Rechenschaft gezogen.

Rechtspolitik und Ökonomie gingen ineinander über. Juristische Formen konstituierten ökonomisch funktionierende Handlungszusammenhänge. Die Politbürokratie kontrollierte mit Hilfe der

81 IZKKPSS, 1989, 8, 90.

82 Geschichte der KPd-SU(B). Kurzer Lehrgang, Berlin : SWA-Verlag (o. J.), S. 454.

Staatsmacht und des Strafrechts die gesamte Wirtschaft. Das Zwangsarbeitssystem, stellten Nikolajewski und Dallin fest, müsse als organisches Element, als normale Komponente der sozialen Struktur der Sowjetunion angesehen werden. Zwangsarbeit gehört zur Geschichte der UdSSR wie die Sklaven zur Geschichte Roms.⁸³ Die diese Entwicklung einleitenden Schauprozesse waren mehr als nur ein Unterwerfungsritual. Das Interesse des Staates an Straflagern nahm zu. Anfang 1940 gab es 53 Lager, 425 Arbeitsbesserungskolonien (davon 170 Industriebetriebe) und 50 Kolonien für Minderjährige, die unmittelbarer Bestandteil des Wirtschaftsmechanismus waren. Die Zahl der auf diese Weise in den Produktionsprozeß eingebundenen Häftlinge betrug 1.659.992. Der Gulag stellte Arbeitskräfte für 17 Wirtschaftszweige.⁸⁴ Das NKWD realisierte 1940 13 Prozent aller volkswirtschaftlichen Investitionsvorhaben der Sowjetunion.

83 David J. Dallin; Boris Nikolaevsky: Arbeiter oder Ausgebeutete? Das System der Arbeitslager in Sowjet-Rußland, München 1948.

84 S. G. Ebeans: Proisvodstvennyj fenomen GULAGA, in: Voprossy Istorii, Heft 6, 1994, S. 188-190.